

„Kontrollierte Empörung“

Der Verband „Freie Ärzteschaft“ stellte in Köln sein weiteres Vorgehen gegen unzureichende Honorierung und die Auswirkungen des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes vor

Mit Blick auf die von seinem Verband initiierten Praxis-schließungen Mitte März stellte der Präsident des Verbandes „Freie Ärzteschaft e. V.“ (FÄ), Martin Grauduszus, kürzlich in Köln fest: „Die Kolleginnen und Kollegen befinden sich in einem Zustand der kontrollierten Empörung.“ Bei einer Veranstaltung der FÄ im Vorfeld der Protestwoche sprach Grauduszus seine Erwartung aus, dass zum Beispiel in Oberhausen und im Kölner Norden zahlreiche Vertragsärztinnen und -ärzte ihre Praxen geschlossen halten. Auch im Kreis Mettmann, dem Rhein-Sieg-Kreis, in Kleve, Velbert, Remscheid und anderen Orten in Nordrhein wollten sich Vertragsärzte an dem Protest beteiligen. Zur Praxisschließung hatte neben der FÄ auch der Hartmannbund-Landesverband Nordrhein aufgerufen, um für den Erhalt der wohnortnahen Patientenversorgung zu demonstrieren.

Grundproblem: Motivation

Offenbar hatten die Veranstalter damit gerechnet, dass mehr Interessenten den Weg ins Kölner Mater-nushaus finden würden: Es gebe ein „Grundproblem bei der Motivation“, stellte Hans-Peter Meuser, Vizepräsident der FÄ, fest. Die FÄ sei neben anderen freien ärztlichen Vereinigungen, freien Verbänden, Genossenschaften oder ärztlichen Netzwerken in der Lage, die Interessen der Vertragsärzte zu vertreten. Die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) seien dazu schon aus rechtlichen Gründen nicht fähig, so der Allgemeinarzt aus Langenfeld, der auch Vorsitzender der Kreisstelle Mettmann der KV Nordrhein ist. Laut SGB V nehmen die KVen und die Kassenärztliche Bundesvereinigung zwar die Rechte

der Vertragsärzte gegenüber den Krankenkassen wahr (§ 75 Abs. 2 SGB V). Doch Meuser sagte: „Rechte sind nicht gleich Interessen.“

AOK-Boycott und Korbmodell

Grauduszus berichtete, dass die FÄ einen Boykott der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) prüfe. Der Präsident der FÄ erklärte, die AOK empfehle ihren Mitgliedern, den Kassenarzt aufgrund von Disease-Management-Programmen zu wechseln. „Aber auch wir Ärzte können mit Patienten reden und ihnen raten, in eine andere Krankenkasse zu wechseln“, so Grauduszus. Er sieht das Verhalten als ein Indiz für die Gefährdung der wohnortnahen, patientenorientierten und menschlichen Versorgung, die die FÄ erhalten will und sagte: „In dieser Situation hilft das Werfen mit Wattebäuschchen nicht mehr.“

Ebenfalls kritisch bewertete der FÄ-Präsident die Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte mit zentraler Verwaltung von Patientendaten. Grauduszus plädierte für eine Chipkarte, auf der dezentral wichtige und notwendige Patientendaten gespeichert werden.

Ein Instrument, um die Freiheitlichkeit des Arztberufes zu bewahren und eine ausreichende Honorierung zu erreichen, könnte nach Auffassung der FÄ der solidarische Zulassungsverzicht über ein „Korbmodell“ sein (siehe dazu auch RhÄ 6/2006, S. 15, Internet: www.aekno.de/archiv/2006/06/015.pdf). Der So-

Der Präsident der Freien Ärzteschaft, Martin Grauduszus, will über das Korbmodell politischen Druck aufbauen.

Foto: uma



linger Augenarzt Dr. Martin Schimkat erläuterte das Korbmodell der FÄ. In den Planungsbereichen der KV (Kreise) sollten fachgruppenspezifische Körbe entstehen, in denen Zulassungsverzichtserklärungen gesammelt werden. Ist ein bestimmtes Quorum erreicht (zum Beispiel 70 oder 80 Prozent), solle eine Vollversammlung darüber entscheiden, ob und zu welchem Zeitpunkt der Systemausstieg erfolgt. Die Koordination der regionalen Körbe solle bei der FÄ liegen, die gleichzeitig in Verhandlungen über die Anliegen der Ärzteschaft mit KVen und anderen Gremien treten könne, erklärte Schimkat. Der Vorteil dieses Modells sei, dass die Erklärungen bei einem Treuhänder anonym gesammelt werden und jederzeit wieder aus dem Korb herausgenommen werden könnten im Sinne von „Ausstieg aus dem Ausstieg“.

Mit vielen gut gefüllten Körben hofft die FÄ ihre Position zu stärken. „Über den Korb kann man politischen Druck ausüben“, sagte Grauduszus. Dies will die FÄ nach den Worten ihres Präsidenten dazu nutzen, eine „geschützte Gebührenordnung“ mit angemessenem Honorar durchzusetzen, vom Sachleistungs- zum Kostenerstattungsprinzip mit Eigenbeteiligungsmöglichkeiten für die Patienten zu gelangen sowie die freie Arztwahl zu erhalten. Ein Veranstaltungsteilnehmer dämpfte die Hoffnung auf die Solidarität aller Fachgruppen. Zum Beispiel würde der kollektive Zulassungsverzicht der ärztlichen Psychotherapeuten und die damit verbundene Abrechnung über den 1,0-fachen GOÄ-Satz (§ 95b Abs. 3 SGB V) das finanzielle Aus für viele Praxen bedeuten.

Weitere Informationen unter www.freie-aerzteschaft.de. Jürgen Brenn